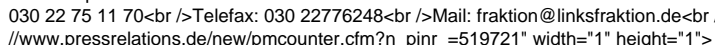




Bayern auf Kriegsfuß mit dem Grundgesetz

Bayern auf Kriegsfuß mit dem Grundgesetz
"Viele Jahre hat Bayern von Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich profitiert. Ihn jetzt aufkündigen zu wollen, ist unsolidarisch und von der Verfassung nicht gedeckt. Offenbar denken manche im Freistaat, wenn man dem Grundgesetz nicht zugestimmt hat, muss man sich auch nicht daran halten", erklärt Stefan Liebich, Sprecher der Landesgruppe Berlin der Fraktion DIE LINKE, zu dem für Februar angekündigten Kabinettsbeschluss der bayrischen Landesregierung, gegen den Länderfinanzausgleich Klage zu erheben. Liebich weiter:
"Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist ein wichtiges Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Auch Bayern verdankte seine heutige Wirtschaftskraft der früheren Solidarität anderer Bundesländer. Das Ungleichgewicht zwischen Geber- und Nehmerländern wird nicht dadurch aufgelöst, dass man den Finanzausgleich aufkündigt, sondern indem man die Wirtschaftskraft in den Nehmerländern stärkt. Berlin ist in den vergangenen zehn Jahren einen sehr schwierigen aber erfolgreichen Weg der Konsolidierung gegangen. Erstmals in der Geschichte Berlins als Bundesland konnte 2007 unter Rot-Rot der Haushalt mit einem Finanzierungsüberschuss abgeschlossen werden. Diese Anstrengungen dürfen nicht weiter torpediert werden."
F.d.R. Christian Posselt
Die Linke. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 75 11 70
Telefax: 030 22776248
Mail: fraktion@linksfraktion.de
URL: <http://www.pds-im-bundestag.de>


Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de
fraktion@linksfraktion.de

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de
fraktion@linksfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen ?DIE LINKE..